



newsletter

Aktuelles aus dem Tiroler Landtag





OKTOBER- LANDTAG



86

Tagesordnungspunkte



58

Schriftliche Anfragen



69

Anfragebeantwortungen



61

Anträge



19

Dringlichkeits-Anträge



Aktuelle Stunde

zum Thema „Mut zu Reformen in der Bildung: neue Schulmodelle statt früher Auslese und ideologischer Scheuklappen“ (NEOS)



Mündliche Anfrage

...an LH Mattle betreffend **Spritpreise in Tirol – warum zahlen die Tirolerinnen und Tiroler österreichweit am meisten?** (Dornauer)

...an LRⁱⁿ Hagele betreffend **Wahlfreiheit durch das Recht auf Kinderbildung und Kinderbetreuung.** (VP Tirol)





Übersicht



Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde | „Mut zu Reformen in der Bildung: neue Schulmodelle statt früher Auslese und ideologischer Scheuklappen“ (NEOS)

Regierungsmitglieder & Abgeordnete

LH Anton Mattle & KO LA Sebastian Kolland | Tiroler Sprit-Aufschlag

LA Florian Riedl | Einfachere Abwicklung der digitalen Vignette

LA Beate Scheiber | ÖGK soll Umsetzung von PVE beschleunigen

KO LA Sebastian Kolland | Zustellförderung für Regionalmedien

LA Katrin Brugger | ASFINAG soll Tourismusabgabe zahlen

LA Martin Mayerl | Klarer Plan für Tirol: Energieunabhängigkeit bis 2050

LA Christoph Appler | Entlastung für Justizanstalt Innsbruck

LTVP LA Dominik Mainusch | Modernisierung der Spielregeln für Gemeinden

KO LA Sebastian Kolland | Zeitgemäße Schutzmechanismen für neue Gefahren





Aktuelle Stunde | „Mut zu Reformen in der Bildung: neue Schulmodelle statt früher Auslese und ideologischer Scheuklappen“

Bildung mit Mut gestalten: Talente fördern, Chancen schaffen

Bildungspolitik muss dort ansetzen, wo Kinder tatsächlich Unterstützung brauchen. In der Aktuellen Stunde des Tiroler Landtags wurde deshalb für Reformen mit Augenmaß, stärkere individuelle Förderung und echte Chancengerechtigkeit plädiert. Im Mittelpunkt steht nicht das System, sondern jedes einzelne Kind.

Reformen sind notwendig – entscheidend ist aber, dass sie einen konkreten Mehrwert für Kinder und Jugendliche bringen. Statt Veränderungen nur um ihrer selbst willen umzusetzen, braucht es ein Bildungssystem, das unterschiedliche Talente und Fähigkeiten berücksichtigt und Kinder dort unterstützt, wo sie stehen.

„Wir müssen viel stärker auf das Individuum schauen und Kinder dort abholen, wo sie sind. Wir wollen Kinder nicht aus dem sozialen Umfeld herausreißen, sondern wir wollen, dass sie dort unterstützt werden, wo sie eine Unterstützung brauchen“, betont die **Tiroler Bildungslandesrätin Cornelia Hagele**.

Genau hier setzt Tirol bereits an. Mit der Talent Card erhalten Jugendliche Unterstützung dabei, ihre Fähigkeiten und Interessen zu erkennen und die passende Ausbildung zu wählen. Denn entscheidend ist nicht, ob der weitere Weg über eine Lehre oder eine Schule führt, sondern dass junge Menschen ihre Talente nutzen und ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können.

Auch die berufliche Bildung wird konsequent gestärkt: Mit einem 200-Millionen-Euro-Paket wird in Berufsschulen investiert. Gleichzeitig sollen Kompetenzzentren die Berufsschullandschaft weiterentwickeln sowie die Polytechnischen Schulen und die Lehre stärken.

Bei der Debatte um eine sechsjährige Volksschule wurde hingegen vor einfachen Antworten gewarnt. Für **Landesrätin Cornelia Hagele** steht fest: *„Den Zeitpunkt des Schulwechsels lediglich um zwei Jahre nach hinten zu verschieben, löst die Herausforderungen im Bildungssystem nicht. Vielmehr braucht es stärkere Differenzierung und individuelle Förderung. Mut heißt nicht, jede Reform mitzumachen. Mut heißt auch, genau hinzuschauen, was sinnvoll und umsetzbar ist“,* so Hagele.

Ein weiterer Schwerpunkt muss auf dem **verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien** liegen. Ein Handyverbot alleine reicht nicht aus. Kinder und Jugendliche müssen lernen, sich sicher und verantwortungsbewusst in der digitalen Welt zu bewegen. Diese Kompetenzen sollen stärker und fächerübergreifend im Unterricht vermittelt werden.





Der Anspruch ist klar: Chancengerechtigkeit von klein auf, individuelle Förderung statt Lösungen nach Schema F und eine starke schulische wie berufliche Bildung. So schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass jedes Kind seine Fähigkeiten entwickeln und seinen eigenen erfolgreichen Weg gehen kann.

„DEN ZEITPUNKT DES SCHULWECHSELS LEDIGLICH UM ZWEI
JAHRE NACH HINTEN ZU VERSCHIEBEN, LÖST DIE
HERAUSFORDERUNGEN IM BILDUNGSSYSTEM NICHT.
VIELMEHR BRAUCHT ES STÄRKERE DIFFERENZIERUNG UND
INDIVIDUELLE FÖRDERUNG!“



Bildung weiterentwickeln: Talente fördern, Leistung stärken

„Ob Bildung funktioniert, entscheidet sich nicht am Türschild einer Schule, sondern vor allem im Klassenzimmer. Dort braucht es motivierte Pädagoginnen und Pädagogen, begeisterte Schülerinnen und Schüler und ein Bildungssystem, das individuelle Begabungen, Interessen und Talente in den Mittelpunkt stellt“, stellt Pädagoge und **VP-Bildungssprecher Dominik Traxl** im Zuge der Aktuellen Stunde fest.

„Für uns ist dabei klar: Wir lassen niemanden zurück. Wer Unterstützung braucht, soll sie bekommen. Gleichzeitig müssen Leistungsbereitschaft und Leistungswille wieder einen entsprechenden Stellenwert in unserem Bildungssystem erhalten. Denn unsere Aufgabe ist es nicht nur, Schwächen auszugleichen, sondern auch Stärken zu erkennen und Talente gezielt zu fördern“, so Traxl.

Gute Bildung beginnt früh und begleitet junge Menschen über ihren gesamten Bildungsweg. Dafür braucht es ein durchlässiges und funktionierendes System sowie eine Vielfalt an Schulformen. Diese Vielfalt ist keine Schwäche, sondern eine Stärke.





Dass Tirol Reformen nicht nur diskutiert, sondern auch umsetzt, zeigt das landwirtschaftliche Schulwesen. Unsere Fachschulen wurden in den vergangenen Jahren laufend modernisiert und weiterentwickelt. Das Land investiert in Schulstandorte und Schülerwohnheime, moderne Ausbildungsangebote, neue Technologien und vor allem in eine hochwertige, praxisnahe Ausbildung. Ein aktuelles Beispiel ist das neue Wirtschafts- und Versuchsgebäude am Gutshof der Landwirtschaftlichen Lehranstalt Imst. Die Investitionen schaffen zeitgemäße Rahmenbedingungen für rund 400 Schülerinnen und Schüler und verbinden hochwertige Ausbildung mit unmittelbarem Praxisbezug.



„OB BILDUNG FUNKTIONIERT, ENTSCHEIDET SICH NICHT AM
TÜRSCHILD EINER SCHULE, SONDERN VOR ALLEM IM
KLASSENZIMMER - MOTIVIERTE PÄDAGOG*INNEN, BEGEISTERTE
SCHÜLER*INNEN UND EIN BILDUNGSSYSTEM, DAS
INDIVIDUELLE BEGABUNGEN, INTERESSEN UND
TALENTE IN DEN MITTELPUNKT STELLT!“

„Unser Zugang ist deshalb klar: Mut zu Reformen bedeutet nicht, alles Bestehende abzulehnen. Mut zu Reformen bedeutet, Bewährtes weiterzuentwickeln, auf neue Herausforderungen zu reagieren und jungen Menschen die besten Chancen für ihre Zukunft zu eröffnen“, so der Bildungssprecher der Tiroler Volkspartei Dominik Traxl abschließend.



**LH Anton Mattle & KO Sebastian Kolland | Tiroler Sprit-Aufschlag****Wir schauen genau hin – für faire Preise an Tirols Zapfsäulen**

Wer in Tirol tankt, zahlt vielerorts mehr als in anderen Teilen Österreichs. Gleichzeitig gibt es auch innerhalb unseres Landes teils deutliche Preisunterschiede. Für uns als Tiroler Volkspartei ist klar: Solche Unterschiede müssen nachvollziehbar und sachlich erklärbar sein. Wo das nicht der Fall ist, braucht es Konsequenzen. Wir wollen wissen, wie diese Preisunterschiede zustande kommen – und ob sie sachlich gerechtfertigt sind.

Landeshauptmann Anton Mattle hat deshalb eine eigene Preisuntersuchungskommission zum „Tiroler Sprit-Aufschlag“ eingesetzt. Experten nehmen gemeinsam mit der Sozialpartnerschaft die Preisbildung genau unter die Lupe. Zusätzlich wurde eine Sonderprüfung durch die E-Control beantragt. Sollten sich dabei sachlich nicht erklärbare Preisunterschiede zeigen, müssen auch rechtliche und behördliche Schritte geprüft werden.

*„Wir erhöhen den Kontrolldruck noch einmal. Die Preisuntersuchungskommission zum Tiroler Sprit-Aufschlag, die Sonderprüfung der Regulierungsbehörde E-Control und die nun beschlossenen Preiskontrollen durch die Bezirkshauptmannschaften zeigen, dass wir es ernst meinen. Tirol geht bei Diesel und Benzin in die Offensive und wird ungerechtfertigte Preisunterschiede und regionale Ungerechtigkeiten bei den Spritpreisen bekämpfen. Mein Ansatz: nicht weniger Markt, sondern mehr funktionierender Markt – mit fairen Preisen für die Konsumenten“, betont **Landeshauptmann Anton Mattle**.*

„WIR SCHAUEN BEIM TIROLER SPRIT-AUFSCHLAG GENAU HIN UND ERHÖHEN DEN KONTROLLDRUCK. WIR BRINGEN LICHT INS DUNKEL UND SIND BEREIT, RECHTLICH UND BEHÖRDLICH GEGEN DIESE UNGERECHTIGKEIT VORZUGEHEN!“

LH ANTON MATTLE

In dieselbe Kerbe schlägt auch **VP-Klubobmann Sebastian Kolland**. Für ihn ist dieser Schritt richtig und notwendig: *„Tirol nimmt die Sache selbst in die Hand und erhöht den Kontrolldruck am Spritmarkt. Gleichzeitig wurde eine Sonderprüfung durch die E-Control beantragt. Auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse sollen auch rechtliche und behördliche Schritte geprüft werden“, so Kolland.*





Gerade in einem Land wie Tirol sind viele Menschen auf das Auto angewiesen – für den Weg zur Arbeit, für die Familie oder weil öffentliche Verkehrsangebote nicht überall jede notwendige Verbindung abdecken können. Umso wichtiger ist es, genau hinzuschauen, wenn die Menschen beim Tanken stärker belastet werden. „Im eigenen Wirkungsbereich liefert Tirol: Tirol bietet den günstigsten Strompreis aller Landesenergieversorger und sichert stabile Gaspreise, während diese sonst überall in die Höhe schießen“, ruft Kolland in Erinnerung.



„UNSER ZIEL IST KLAR: VOLLE TRANSPARENZ BEI DEN SPRITPREISEN UND
FAIRE PREISE FÜR DIE TIROLERINNEN UND TIROLER!“





LA Florian Riedl | Einfachere Abwicklung der digitalen Vignette

Tirol vereinfacht Verkehr digital

Mit dem ersten Quartal 2027 startet beim Verkehrsverbund Tirol die flächendeckende Einführung der Kartenzahlung. Auch bei der digitalen Vignette soll die Abwicklung künftig einfacher werden. Der Tiroler Landtag fordert die Bundesregierung dazu auf, in Gesprächen mit der ASFINAG zu prüfen, ob es rechtlich möglich und umsetzbar ist, beim Kauf der digitalen Vignette auf das Rücktrittsrecht zu verzichten und dafür eine sofortige Gültigkeit zu ermöglichen. **VP-Sprecher für Verkehr und Mobilität LA Florian Riedl** drängt dabei auf eine rasche Umsetzung.

„Wenn es Möglichkeiten gibt, das Leben der Menschen digital zu erleichtern, sollten wir diese nutzen. Im öffentlichen Verkehr geht Tirol den Weg in Richtung flächendeckender Kartenzahlung, auch im Privatverkehr brauchen wir Innovation. Verbraucherschutz ist ein wichtiges Anliegen, darf aber nicht den Verbraucherinteressen selbst im Weg stehen. Wer die digitale Vignette kauft, will in aller Regel sofort und ohne Umweg auf die Autobahn – genau dafür wollen wir vom Bund die Grundlage“, so Riedl.

**„VERBRAUCHERSCHUTZ IST EIN WICHTIGES ANLIEGEN,
DARF ABER NICHT DEN VERBRAUCHERINTERESSEN
SELBST IM WEG STEHEN!“**



Konkret geht es darum, Käuferinnen und Käufern künftig die Möglichkeit zu geben, freiwillig auf ihr Rücktrittsrecht zu verzichten und damit eine sofortige Gültigkeit der digitalen Vignette zu erreichen.

„Die digitale Vignette soll effizienter werden. Deshalb wollen wir prüfen lassen, ob Käuferinnen und Käufer künftig freiwillig auf das Rücktrittsrecht verzichten können, um im Gegenzug sofortige Gültigkeit zu erhalten. Die FPÖ hat hier ein wichtiges Thema eingebracht, allerdings an den falschen Adressaten. Wenn wir hier eine Verbesserung erreichen wollen, müssen wir die Bundesebene in die Pflicht nehmen“, betont Riedl.





Derzeit führt das gesetzlich vorgesehene Rücktrittsrecht bei Online-Käufen dazu, dass die digitale Vignette erst nach einer zeitlichen Verzögerung gültig wird. Die FPÖ hatte dazu einen Antrag eingebracht, der sich an die Tiroler Landesregierung richtete. Die Tiroler VP und SPÖ griffen das Anliegen auf, richteten es jedoch an die dafür zuständige Bundesebene. Der Tiroler Landtag ersucht die Landesregierung nun, sich bei der Bundesregierung für entsprechende Gespräche mit der ASFINAG einzusetzen.

LA Beate Scheiber | ÖGK soll Umsetzung von PVE beschleunigen

Regionale Versorgungslücken schließen – Dringlichkeitsantrag einstimmig beschlossen

Der Tiroler Landtag hat einstimmig einen Dringlichkeitsantrag von Tiroler Volkspartei und SPÖ Tirol zum bedarfsgerechten Ausbau der Primärversorgung und der Kassenarztstellen in Tirol beschlossen. Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) wird darin aufgefordert, die Ausschreibung und Umsetzung von Primärversorgungseinheiten (PVE) mit Nachdruck zu beschleunigen, bestehende Versorgungslücken rasch zu schließen und Kassenarztstellen entsprechend dem tatsächlichen regionalen Versorgungsbedarf ausgewogen über Tirol zu verteilen.

„Der einstimmige Beschluss ist ein starkes und klares Signal an das ÖGK-Management: Eine gute und wohnortnahe medizinische Versorgung ist ein gemeinsames Anliegen über Parteigrenzen hinweg. Entscheidend ist jetzt, dass die geplanten Primärversorgungseinheiten und zusätzlichen Kassenarztstellen tatsächlich und möglichst rasch bei den Menschen ankommen. Planungen allein reichen nicht, es braucht eine konsequente Umsetzung und klare Zeitpläne“, betont VP-Gesundheitssprecherin Beate Scheiber.

Der Regionale Strukturplan Gesundheit Tirol 2030 sieht einen deutlichen Ausbau des niedergelassenen Bereichs vor. Bis 2030 sollen insgesamt 16 Primärversorgungseinheiten in Tirol etabliert und 30 zusätzliche Kassenarztstellen in zentralen Fachbereichen geschaffen werden.

Mit dem Landtagsbeschluss soll insbesondere die Umsetzung weiter vorangetrieben werden. Ausschreibungs- und Auswahlverfahren für neue Primärversorgungseinheiten sollen zügig durchgeführt und abgeschlossen werden. Bleiben Verfahren erfolglos, sollen ohne vermeidbare Verzögerungen neuerliche Ausschreibungen beziehungsweise geeignete alternative Umsetzungsschritte eingeleitet werden.





Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf einer ausgewogenen Verteilung der ärztlichen Versorgung in allen Tiroler Regionen. Der Kassenarztstellenplan soll sich stärker an der Bevölkerungsentwicklung, dem tatsächlichen regionalen Bedarf und bestehenden Versorgungslücken orientieren.

„Für die Menschen zählt nicht, wie viele Stellen auf dem Papier vorgesehen sind, sondern ob sie tatsächlich zeitnah einen Kassenarzt in erreichbarer Nähe finden. Gerade in einem geografisch vielfältigen Land wie Tirol müssen wir den regionalen Versorgungsbedarf besonders berücksichtigen. Lange Wege und lange Wartezeiten dürfen nicht zur Normalität werden“, unterstreicht Scheiber.

Dabei gehe es sowohl um die allgemeinmedizinische als auch um die fachärztliche Versorgung. Ein gut ausgebauter niedergelassener Bereich verbessert den wohnortnahen Zugang zu medizinischen Leistungen und trägt gleichzeitig dazu bei, die Spitalsambulanzen zu entlasten.

**„FÜR DIE MENSCHEN ZÄHLT NICHT, WIE VIELE STELLEN
AUF DEM PAPIER VORGESEHEN SIND, SONDERN OB SIE
TATSÄCHLICH ZEITNAH EINEN KASSENARZT IN
ERREICHBARER NÄHE FINDEN!“**



„Primärversorgungseinheiten bieten die Chance, medizinische und weitere Gesundheitsberufe stärker miteinander zu vernetzen und den Patientinnen und Patienten eine niederschwellige Versorgung aus einer Hand anzubieten. Dieses Potenzial gilt es in allen Regionen Tirols bestmöglich zu nutzen“, so Scheiber.

Der Landtag fordert zudem mehr Transparenz bei der Umsetzung. Die ÖGK soll konkrete Zeitpläne vorlegen und den Fortschritt bei den Ausschreibungen, bei neu geschaffenen Kassenarztstellen sowie bei weiterhin bestehenden regionalen Versorgungslücken nachvollziehbar darstellen.

„Mit dem einstimmigen Beschluss gibt es einen eindeutigen Auftrag. Jetzt geht es darum, Tempo bei der Umsetzung zu machen und die medizinische Versorgung dort zu stärken, wo die Tirolerinnen und Tiroler sie tatsächlich brauchen“, so Scheiber abschließend.





KO LA Sebastian Kolland | Zustellförderung für Regionalmedien

Einstimmiger Beschluss aller im Tiroler Landtag vertretenen Parteien

Der Tiroler Landtag hat einstimmig den gemeinsamen Antrag von Tiroler Volkspartei und SPÖ beschlossen, auch unentgeltlich bezogene regionale Wochenmedien bei der geplanten Zeitungs-Zustellförderung des Bundes zu berücksichtigen. **VP-Klubobmann Sebastian Kolland** sieht darin ein starkes gemeinsames Signal des Tiroler Landtags für die heimische Medienvielfalt und eine flächendeckende regionale Informationsversorgung.



„WER MEDIENVIELFALT UND EINE FLÄCHENDECKENDE
VERSORGUNG MIT JOURNALISTISCHEN INFORMATIONEN
ERHALTEN WILL, MUSS DIE REALITÄT DER REGIONALEN
MEDIENLANDSCHAFT BERÜCKSICHTIGEN!“

„Der einstimmige Beschluss zeigt, dass die Bedeutung unserer Regionalmedien über Parteigrenzen hinweg anerkannt wird. Regionalmedien berichten über das, was direkt vor der Haustür passiert: über Kommunalpolitik, Wirtschaft, Vereine, Kultur, Sport und das gesellschaftliche Leben in unseren Gemeinden. Diese wichtige Arbeit darf bei einer neuen Zustellförderung nicht unter den Tisch fallen, nur weil ein Medium kostenlos an die Haushalte verteilt wird“, betont VP-Klubobmann Sebastian Kolland.

Der derzeitige Ministerialentwurf des Bundes sieht einen Zustellkostenzuschuss für abonnierte Tages- und Wochenzeitungen vor. Kostenlose regionale Wochenmedien wären nach dem vorliegenden Entwurf hingegen nicht erfasst. Mit dem einstimmigen Beschluss fordert der Tiroler Landtag den Bund auf, diese Medien bei der weiteren Ausgestaltung der Förderung entsprechend zu berücksichtigen.

Wie groß die Bedeutung regionaler Berichterstattung ist, zeigt auch eine Medienanalyse des Landes Tirol: 77 Prozent der Befragten interessieren sich vorrangig für Themen aus ihrer unmittelbaren Region. Gleichzeitig treffen die stark gestiegenen Zustellkosten auch jene Regionalmedien, die kostenlos an die Bevölkerung verteilt werden. Gerade in ländlichen Gebieten können die Zustellkosten deutlich höher liegen als im urbanen Raum.





Verwiesen wird zudem auf den zunehmenden wirtschaftlichen Druck auf regionale Medienhäuser. Werbeeinnahmen verlagern sich verstärkt in den digitalen Bereich, während gleichzeitig Produktions- und Zustellkosten hoch bleiben. Davon seien Kauf- und Gratiszeitungen gleichermaßen betroffen.

„Der Tiroler Landtag spricht hier mit einer Stimme. Wer Medienvielfalt und eine flächendeckende Versorgung mit journalistischen Informationen erhalten will, muss die Realität der regionalen Medienlandschaft berücksichtigen. Jetzt ist der Bund am Zug, dieses klare Signal aus Tirol bei der endgültigen Ausgestaltung der Zustellförderung aufzugreifen“, so Klubobmann Sebastian Kolland abschließend.

LA Katrin Brugger | ASFINAG soll Tourismusabgabe zahlen **Tiroler Landtag fordert Prüfung vom Bund**

Der Tiroler Landtag hat eine Aufforderung an die Bundesregierung beschlossen, einen Beitrag der ASFINAG zur Tourismusabgabe zu prüfen. **VP-Tourismussprecherin Katrin Brugger** begrüßt diesen Schritt für einen fairen Beitrag der ASFINAG.

„Sinn und Zweck der Tiroler Tourismusabgabe liegt in der gemeinsamen Finanzierung der touristischen Infrastruktur und der Standortwerbung. Es ist nur gerecht, die ASFINAG in die Pflicht zu nehmen, immerhin sind Tourismus und Transit Motor der Mauteinnahmen“, stellt Brugger fest.

„Wir fordern nun vom Bund eine Prüfung, inwiefern die ASFINAG für Ihre Einnahmen eine Tourismusabgabe in Tirol beitragen kann – das ist eine Frage der Gerechtigkeit“, so die Unterländer Abgeordnete.



**„ES IST NUR GERECHT, DIE ASFINAG IN DIE PFLICHT ZU
NEHMEN, IMMERHIN SIND TOURISMUS UND TRANSIT MOTOR
DER MAUTEINNAHMEN!“**

1997 wurde bundesgesetzlich geregelt, dass auf eine Bundesstraßen-Maut keine Landes-Abgabe erhoben werden kann. Landesrat Gerber hat hier schon klar Stellung bezogen, dass auch für die ASFINAG der Nutzen aus dem Tourismus jedenfalls gegeben ist – daher macht auch ein Miteinbezug in die Tourismusabgabe durchaus Sinn.





LA Martin Mayerl | Klarer Plan für Tirol: Energieunabhängigkeit bis 2050

Wer Energieunabhängigkeit will, muss auch Kraftwerke bauen

Die Grünen treten im Tiroler Landtag für einen rascheren Ausbau erneuerbarer Energie ein. **LA Martin Mayerl – Energiesprecher der Tiroler Volkspartei** – sieht aber einen deutlichen Unterschied zwischen diesen Forderungen und dem Verhalten der Grünen bei konkreten Projekten.

„Die Grünen sind immer für den Ausbau der Erneuerbaren – außer in der Realität. Im Landtag fordern sie mehr erneuerbare Energie, vor Ort bekämpfen sie dann jedes konkrete Projekt. Einmal ist es der Naturschutz, einmal das Landschaftsbild, einmal ein Verfahrensschritt. Am Ende steht immer dasselbe Ergebnis: Es wird nicht gebaut“, so VP-Energiesprecher Mayerl.

**„TIROL HAT EINEN KLAREN PLAN:
LANDESHAUPTMANN ANTON MATTLE WILL BIS 2050 DIE
ENERGIEUNABHÄNGIGKEIT UMSETZEN!“**



„Die Energiewende passiert nicht in Anträgen, sondern auf der Baustelle. Wer Wasserkraft, Photovoltaik und Windkraft in der Theorie will, muss auch akzeptieren, dass dafür irgendwo ein Kraftwerk, ein Speicher oder eine Leitung entsteht. Naturschutz ist uns wichtig, und jedes Projekt muss sorgfältig geprüft werden. Aber Naturschutz darf nicht zum Vorwand werden, um jedes Vorhaben grundsätzlich zu verhindern“, betont Mayerl.

„Tirol hat einen klaren Plan: Landeshauptmann Anton Mattle will bis 2050 die Energieunabhängigkeit umsetzen. Dass Tirol schon heute bei den Energiepreisen besser dasteht als andere Bundesländer, ist das Ergebnis richtiger Entscheidungen. Diesen Weg gehen wir weiter – mit sauberer Energie aus Tirol. Die Grünen müssen sich entscheiden, ob sie mitgestalten oder weiter blockieren wollen“, so Mayerl abschließend.





LA Christoph Appler | Entlastung für Justizanstalt Innsbruck

Druck auf Justizministerin für eine echte Entlastung der Innsbrucker Justizanstalt

Nach einem Brief an Justizministerin Anna Sporrer und einem Vor-Ort-Termin in der Justizanstalt Innsbruck erhöht der Tiroler Landtag den Druck: Mit einem Beschluss des Tiroler Landtages soll die Landesregierung vom Justizministerium bessere Unterstützung und strukturelle Entlastung für die Justizanstalt Innsbruck einfordern. **VP-Sicherheitssprecher Christoph Appler** begrüßt den Beschluss.

„Eine funktionierende Justizanstalt braucht ausreichend Kapazitäten. Die Justizministerin konnte sich selbst ein Bild vom Ernst der Lage machen und hat den Handlungsbedarf erkannt. Genau jetzt braucht es klare Haltung aus Tirol“, so Appler.



**„ES BRAUCHT ECHTE ENTLASTUNG FÜR DIE
JUSTIZANSTALT INNSBRUCK OHNE VORZEITIGE
HAFTENTLASSUNGEN!“**

„Wir sagen mit breiter, parteiübergreifender Mehrheit: Es braucht echte strukturelle Entlastung und bessere Unterstützung für unsere Justizwache. Diese Entlastung darf nicht über vorzeitige Haftentlassungen erfolgen. Wer eine Strafe verbüßt, soll sie auch verbüßen – die Antwort auf überlastetes Personal kann nicht sein, Häftlinge früher auf die Straße zu lassen“, betont Christoph Appler, Sprecher für Sicherheit und Exekutive der Tiroler Volkspartei.

Mit einem Abänderungsantrag wird die Bundesregierung aufgefordert, weitere konsequente Maßnahmen – vor allem im Bereich personeller und struktureller Ressourcen für die Justizanstalt Innsbruck – zu setzen.





LTVP LA Dominik Mainusch | Modernisierung der Spielregeln für Gemeinden
Mehr Klarheit und Verbindlichkeit für das Arbeiten

Der Tiroler Landtag modernisiert die Spielregeln für Gemeinden. Diese räumen mehr Befugnisse ein, fordern gleichzeitig aber mehr Effizienz und Transparenz ein. Karenz für Amtsträger soll geprüft werden.

„Anforderungen an das Amt der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters ändern sich. Der Landtag modernisiert deshalb auch die Spielregeln für Gemeinden. Damit wird das Arbeiten in der Gemeinde klarer geregelt und besser auf die heutige Zeit zugeschnitten“, so VP-Gemeindesprecher und Bürgermeister Dominik Mainusch.

„DER LANDTAG MODERNISIERT DIE SPIELREGELN FÜR
GEMEINDEN. DAMIT WIRD DAS ARBEITEN IN DER
GEMEINDE KLARER GEREGLT UND BESSER AUF DIE
HEUTIGE ZEIT ZUGESCHNITTEN!“



Die Novelle umfasst insbesondere:

- ➔ die Herabsetzung der Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates für Gemeinden mit nicht mehr als 100 Einwohnern,
- ➔ eine Rechtsgrundlage zur Übertragung von Zuständigkeiten im Zusammenhang mit dem Zugang zu Informationen aus dem Bereich von Gemeinderat und Gemeindevorstand an den Bürgermeister,
- ➔ eine Frist zur Erstellung der Niederschrift des Gemeinderates,
- ➔ die Möglichkeit der elektronischen Unterfertigung der Niederschriften über Gemeinderats-, Gemeindevorstands- und Ausschusssitzungen sowie des Voranschlages,
- ➔ erweiterte Befugnisse der Organe der öffentlichen Aufsicht in Bezug auf die Wahrung des öffentlichen Anstandes nach dem Landes-Polizeigesetz,
- ➔ eine Obergrenze für die Höhe der Verfügungs- und Repräsentationsmittel,
- ➔ haushaltsrechtliche Anpassungen sowie diverse legistische Klarstellungen.





„Lebensrealitäten ändern sich – auch für Bürgermeister. Deshalb wird die Umsetzbarkeit einer Karenz für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geprüft. Das ist ein wichtiger Schritt, wenn auch künftig Menschen Verantwortung für ihre Gemeinde übernehmen sollen“, betont der Vizepräsident des Tiroler Landtages Mainusch abschließend.

KO LA Sebastian Kolland | Zeitgemäße Schutzmechanismen für neue Gefahren **Forderung an Bund für einheitlichen rechtlichen Rahmen gegen Lachgas-Konsum**

Im Zuge des Oktober-Landtages fordert Tirol vom Bund eine zweckmäßige Regelung, um junge Menschen vor den Gefahren des Lachgas-Konsums zu schützen. **Klubobmann Sebastian Kolland** sieht die Notwendigkeit, neue Gefahrensubstanzen entsprechend zu regulieren.

„Wir erleben dieser Tage neue Gefahren für Jugendliche. Im Fall des jungen Mannes, der Kratomtee getrunken hatte, oder auch bei Lachgas-Konsumenten – heute gibt es Bedrohungen, die vor wenigen Jahren noch unbekannt waren. Neue Gefahren brauchen zeitgemäße Schutzmechanismen – diese fordern wir beim Lachgas nun vom Bund ein“, so Kolland.

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen österreichweit einheitlichen, geeigneten rechtlichen Rahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den gesundheitlichen Risiken des Konsums von Lachgas zu schaffen. Wir wollen klare Regeln für den Schutz der Jugend“, betont Kolland.

Ein junger Mann, der in Innsbruck Kratomtee getrunken hatte und erlitt daraufhin einen doppelten Herzstillstand. Das führte erst kürzlich schmerzlich vor Augen, wie unregulierte, neue Substanzen Leben gefährden können. Im Fall von Lachgas drohen psychische Abhängigkeiten, Blutarmut oder auch Nerven- und Gehirnschäden, dieses ist noch dazu deutlich niederschwelliger erhältlich.

**„WIR WOLLEN KLAARE REGELN FÜR DEN SCHUTZ
DER JUGEND: NEUE GEFAHREN BRAUCHEN NEUE
SCHUTZMECHANISMEN – DIESE FORDERN WIR
BEIM LACHGAS NUN VOM BUND EIN!“**

